(5) Die Deutsche Reichsbahn hat zur Vorbereitung aller Bauvorhaben bzw. -maßnahmen, auch vorübergehender Art, in einem Abstand von weniger als 30 m von der Achse des nächsten Gleises der Anschlußbahn mit eigener Betriebsführung, unbeschadet der nach anderen Rechtsvorschriften einzuholenden Zustimmungen und Genehmigungen, die eisenbahntechnische Zustimmung der Staatlichen Bahnaufsicht einzuholen. Wird der Bau ohne deren Einverständnis ausgeführt, stehen der Deutschen Reichsbahn Ansprüche auf Schadenersatz für Schäden, die auf Einwirkung des Betriebes der Anschlußbahn zurückzuführen sind, nicht zu.

§12

Überlassen und Vermieten von Gelände und Anlagen

(1) Die Deutsche Reichsbahn kann gegen Entgelt Gelände, Gleise oder sonstige Anlagen oder auch ausnahmsweise Oberbauteile sowie Sicherungs- und Fernmeldeanlagen zur Nutzung oder Mitnutzung für die Anschlußbahn überlassen bzw. vermieten.

(2) Für Anschlußweichen gelten hinsichtlich der beanspruchten Geländeflächen die entsprechenden preisrechtlichen Festlegungen. Für einfache Gleise wird in der Regel das Entgelt für einen 4,5 m breiten Geländestreifen berechnet. Bei Böschungen oder Dämmen wird die tatsächlich beanspruchte Geländefläche zugrunde gelegt.

(3) Der Anschließer hat der Deutschen Reichsbahn das Nutzen oder Mitnutzen seiner Anschlußbahn gegen Entgelt zu gestatten, soweit dies volkswirtschaftlich notwendig ist und dadurch der regelmäßige Betrieb auf der Anschlußbahn und die Produktion des Anschließers nicht beeinträchtigt werden. Wird die Zustimmung durch den Anschließer verweigert, entscheidet der Vorsitzende des für die Anschlußbahn zuständigen Transportausschusses nach Abstimmung mit der Staatlichen Bahnaufsicht. Eine vergütungspflichtige Nutzung durch die Deutsche Reichsbahn liegt nicht vor, wenn die Deutsche Reichsbahn die Anschlußbahn bedient und wenn während der Bedienung einer Anschlußbahn Wagen, die nicht für den Anschließer bestimmt sind, auf der Anschlußbahn bewegt oder vorübergehend abgestellt werden.

§13

Entgeltberechnung und Zahlungspflicht

(1) Für den Transport der beladenen Wagen und Container zwischen dem Tarifbahnhof und der Wagenübergabestelle der Anschlußbahn wird von der Deutschen Reichsbahn Anschlußgebühr erhoben. Sonderleistungen gemäß § 5 Absätze 1 und 2 sind nicht durch die Anschlußgebühr abgegolten. Hierfür ist ein besonderes Entgelt zu zahlen. Die Anschlußgebühr und das Entgelt für die Sonderleistungen erhebt die Deutsche Reichsbahn nach den für Berechnung und Zahlung der Fracht und der Nebengebühren geltenden Bestimmungen.

(2) Für die Berechnung von Gebühren und sonstigem Entgelt gelten die preisrechtlichen Bestimmungen.

(3) Die sich aus dem Anschlußbahnvertrag ergebenden regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen werden in einem Nachweis erfaßt, der Bestandteil des Anschlußbahnvertrages ist. Einer besonderen jährlich wiederkehrenden Rechnungslegung bedarf es nicht. Die im Nachweis festgesetzte Summe ist

- a) bei Beträgen bis zu 500 M am 15. März eines jeden Jahres in einer Summe,
- b) bei Beträgen über 500 M in gleichen Raten am 15. Januar und am 15. September eines jeden Jahres,
- c) bei Beträgen über 500 M, wenn es zwischen dem Anschließer und der Deutschen Reichsbahn vereinbart wurde, am 15. März eines jeden Jahres in einer Summe

fällig. Für die übrigen Leistungen, die nicht durch Abs. 1 oder Abs. 3 Satz 1 erfaßt sind, ist das Entgelt gesondert in Rechnung zu stellen.

(4) Die Zahlungspflicht für überlassenes und vermietetes Gelände der Deutschen Reichsbahn gemäß § 12 beginnt mit der Zustimmung der Staatlichen Bahnaufsicht zum Bau der Anschlußbahn, für das übrige Entgelt mit Beginn des Monats, in dem bei neuen Anschlußbahnen die Anschlußweiche eingebaut ist bzw. bei veränderten Anschlußbahnen die Anlagen fertiggestellt sind.

(5) Der Anschließer ist verpflichtet, der Deutschen Reichsbahn Änderungen der Anschrift, der Firmenbezeichnung sowie des Bankkontos unverzüglich mitzuteilen.

§14

Materielle Verantwortlichkeit

(1) Der Anschließer und die Deutsche Reichsbahn sind für die Verletzung von Rechtspflichten aus diesen Allgemeinen Bedingungen oder aus dem Anschlußbahnvertrag materiell verantwortlich. Soweit nach speziellen Rechtsvorschriften eine materielle Verantwortlichkeit ohne Vorliegen einer Pflichtverletzung eintritt, ist der Schaden von demjenigen zu ersetzen, von dessen Verantwortungsbereich das schädigende Ereignis ausgegangen ist.

(2) Für Schäden an Wagen, Containern, Transporthilfsmitteln und Gütern, die bei der Übergabe an den Anschließer festgestellt werden, gilt gegenüber dem Anschließer die Vermutung, daß sie von der Deutschen Reichsbahn verursacht wurden. Werden solche Schäden vom Anschließer erst nach der Übergabe festgestellt, hat er zu beweisen, daß die Schäden bereits vor der Übergabe entstanden sind.

(3) Für Schäden an Wagen, Containern, Transporthilfsmitteln und Gütern, die bei der Übergabe an die Deutsche Reichsbahn festgestellt werden, gilt gegenüber der Deutschen Reichsbahn die Vermutung, daß sie vom Anschließer verursacht wurden. Werden solche Schäden von der Deutschen Reichsbahn erst nach der Übergabe festgestellt, hat sie zu beweisen, daß die Schäden vom Anschließer verursacht worden sind.

(4) Werden der Anschlußbahn zugeführte Wagen ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung der Deutschen Reichsbahn wieder beladen oder für nichtöffentliche Transportleistungen in Anspruch genommen, ist für jeden Wagen und Fall dieser mißbräuchlichen Benutzung Vertragsstrafe in Höhe von 200 M an die Deutsche Reichsbahn zu zahlen. Die Bestimmungen über Wagenstandgeld werden hierdurch nicht gerührt.

(5) Ist die Bedienung der Anschlußbahn nicht möglich, weil Gleisanlagen der Deutschen Reichsbahn, die vor der Anschlußweiche liegen, infolge Instandhaltungs- oder anderer Bauarbeiten vorübergehend gesperrt werden müssen, werden dem Anschließer die dadurch entstehenden Aufwendungen nicht erstattet, wenn der Anschließer bis zum 30. Juni des Vorjahres über den voraussichtlichen Beginn und die voraussichtliche Dauer dieser Sperre unterrichtet worden ist.

§15

Beendigung und Änderung des Vertragsverhältnisses

(1) Der Anschließer und die Deutsche Reichsbahn können das Vertragsverhältnis in beiderseitigem Einverständnis aufheben oder den Anschlußbahnvertrag schriftlich mit einer Frist von mindestens 9 Monaten zum Jahresende kündigen. Im Falle der Aufhebung oder Kündigung werden gegenseitige Aufwendungen nicht ersetzt, soweit sich aus § 16 nichts anderes ergibt.

(2) Der Anschlußbahnvertrag und die eventuell bestehenden Mitbenutzungsverträge werden gegenstandslos, wenn das zu-